

KGW's Rundschreiben

29.03.2017
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Philosophen, Theologen und politisch Interessierte diskutieren seit Urzeiten zum Thema Gerechtigkeit, ohne eine gemeinsame Meinung zu finden. Es musste erst der SPD-Kandidat Martin Schulz mit seiner Aussage kommen: „Es gibt keine Gerechtigkeit, solange Einzelnen noch Ungerechtigkeit widerfährt. Deshalb Wahlkampf für Gerechtigkeit.“ Wir sind der Ansicht, dass er es sich hier sehr einfach macht, denn damit verbunden ist die Frage nach Gleichheit und Ungleichheit. Schulz versucht, damit verängstigte Bürger anzusprechen. Bisher ist er als erster Vollzeitwahlkämpfer (ohne andere Funktionen) durch Deutschland getingelt. Seine Botschaft war er als Person selbst – ohne weitere Themen. Die Antwort darauf hat er vergangenes Wochenende von den Wählern im Saarland bekommen. Die deutschen Medien beschäftigen sich jüngst mit den Einkommensunterschieden in der Bevölkerung und den Boni, die Manager sich einstreichen. Solange wir ein relatives Pro-Kopf-Einkommen haben, relativ wenig Armut, eine immer höhere Lebenserwartung, ein breit angelegtes Bildungssystem u.a.m., ist die Ordnung unserer deutschen Gesellschaft gesichert. Die Agenda 2010 (14.03.2003 durch Ex-Kanzler Schröder) war ohne Zweifel erfolgreich. Schulz stellt sie auf den Kopf und gibt die These heraus: „Wir haben Fehler gemacht.“ Gleichzeitig macht er Versprechungen (längeres Arbeitslosengeld 1, eine Solidarrente usw.), sagt aber nicht, wie er das finanzieren würde; das ist reine Polemik. Richtiger wäre es, einen Fahrplan für Vorschläge in die Arbeitsmarktpolitik vorzulegen, damit junge Menschen und ihre Arbeitskraft die deutsche Wirtschaft voranbringen. Dadurch würde soziale Gerechtigkeit erreicht. Nach Umfragen fühlt sich jeder dritte Deutsche beim Gedanken an „Rot-Rot-Grün“ „beunruhigt“. Martin Schulz kann den verstorbenen Helmut Schmidt nicht mehr fragen. Aber er kann Schröder zu Rate ziehen, wie man die Sprache der Wirtschaft erlernt und damit auf die CEO's und Unternehmer zugeht. Nur so hat ein SPD-Genosse eine Chance, Kanzler zu werden. Mit seinen Forderungen nach mehr Umverteilung wird er bei Managern keine Pluspunkte bekommen.

Es ist acht Jahre her, als auf der Titelseite der Welt stand: „Jeder achte Deutsche ist arm.“ Das Berliner Wirtschaftsforschungsinstitut (DIW) hat in einer Pressemitteilung kürzlich veröffentlicht, dass jeder sechste Deutsche arm ist. Das bundesdeutsche Durchschnittseinkommen stieg bis Ende 2016 um 15%. Offizielle Armutsgrenze, die in den letzten Jahren auf Euro 11.000 benannt wurde, stieg im letzten Jahr auf Euro 13.000. In Deutschland beginnt die Armut unterhalb eines Einkommens von 60% des Medians. Der Median ist das Einkommen, welches von 50% der Bevölkerung über und von 50% unterschritten wird. Hat man ein Median-Einkommen von +/- 0, liegt man gemäß offizieller Lesart direkt in der Mitte. Selbstverständlich kann man darüber diskutieren, aber dies ist die offizielle Lesart bundesamtlicher Veröffentlichungen. Zum „wahren Einkommen“ zählt beispielsweise die Schwarzarbeit. Darüber hinaus die Leistung, die in den Haushalten erbracht wird. Experten schätzen, dass alles was, nicht im Sozialprodukt erfasst wird, in Deutschland jährlich über 100. Mrd. Euro beträgt (mit Trend nach oben). Man neigt schnell dazu, Armut mit Ungleichheit zu verwechseln. Jedoch ist es auch der falsche Weg, Gleichheit dadurch erreichen zu wollen, indem man Vermögen und Erbschaften „Reicherer“ höher besteuert, um den „Ärmeren“ in der Gesellschaft mehr geben zu können.

Das Ziel der deutschen Umweltpolitik ist der Ausstieg aus der K-Energie - hin zu Sonne und Wind. Bis 2050 soll der Verbrauch an Gas, Öl und Kohle (ausgehend vom aktuellen Status) halbiert werden. Der deutsche Anteil an der weltweiten Kernkraftkapazität betrug 2011 ca. 4,5%. Für die deutsche Kanzlerin war das Unglück in Fukushima (Frühjahr 2011) Grund für ihre emotionale Entscheidung, die Kernkraft abzuschalten. Obwohl der Tsunami Menschenleben kostete und nicht die Havarie im Kernkraftwerk. Deutsche Kernkraftwerke haben bisher kein Todesopfer zu verzeichnen, sie galten als extrem sicher. Wenn wir uns die Europakarte anschauen, können wir Deutschen vor Atom nicht sicher sein, denn um die Bundesrepublik Deutschland sind in anderen Ländern reichlich Kraftwerke aufgestellt. Durch den Atomausstieg ist unsere Stromversorgung nicht zuverlässiger, sondern instabiler geworden. Hinzu kommt, dass wir Atomstrom anderer Länder zukaufen müssen, wenn die deutsche Alternativenergie nicht ausreicht. Die vielen Milliarden, die für Solar- und Windkraftanlagen (Subvention) aufgewandt wurden, haben als Ergebnis gebracht, dass 2014 lediglich 2,5 % des Energiebedarfs mit dieser Alternative abgedeckt wurden (Schätzung bis 2050 ca. 12%). Die Milliardenverluste der Stromunternehmen sollten nur am Rande erwähnt werden (Beispiel: der

schwedische Energiekonzern Vattenfall verklagt die Bundesrepublik aufgrund des Börsenausstiegs auf über 4,6 Mrd. Euro). Vor ca. 3 Jahren wurde der heutige Kanzleramtsminister (seinerzeit Umweltminister) nicht nur ausgelacht sondern verspottet und kritisiert, weil er die Kosten der Energiewende bis Ende der 30er Jahre dieses Jahrhunderts mit über einer Billion Euro bezifferte. Das Institut für Wettbewerbsökonomie („DICE“) an der Universität Düsseldorf führte jüngst für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) eine Berechnung durch. Die von Arbeitgeberverbänden finanzierte Initiative setzt sich gegen staatliche Regulierung und für die soziale Marktwirtschaft ein. Die Initiative hatte bereits vor einigen Jahren angeregt, die Forderung erneuerbarer Energien stärker nach marktwirtschaftlichen Prinzipien auszurichten. Man hat die Gesamtkosten der Energiewende bis 2015 berechnet und die weitere Kostenentwicklung bis 2025 geschätzt. Das erzielte Ergebnis liegt noch über der Aussage des Ministers, denn die Billionen könnte früher Wirklichkeit werden, als einst Altmeyer schätzte. Nach den Berechnungen des Institutes hat die Energiewende zwischen 2000 und 2015 bereits ~ 150 Mrd. Euro gekostet. In den Jahren 2000 bis 2025 müssen geschätzt ~ 520 Mrd. Euro (nominal, einschließlich der Netzausbaukosten) für die Energiewende im Bereich der Stromerzeugung aufgewendet werden. Ausgehend von den bereits ausgezahlten 150 Mrd. Euro müssten in den kommenden zehn Jahren weitere 370 Mrd. Euro aufgewendet werden. Pro Einwohner (vom Neugeborenen bis zum Greis) ergibt sich also ein Gesamtbetrag von 6.300 Euro, welcher im Zeitraum von 2000 – 2025 anfällt. Eine vierköpfige Familie zahlt somit direkt und indirekt über 25.000 Euro für die Energiewende. Das Gros der Kosten ist dabei noch nicht angefallen, sondern kommt erst noch auf die Verbraucher zu. In den kommenden zehn Jahren werden dies 18.000 Euro für eine vierköpfige Familie (so der Direktor von DICE Justus Haucap). Zum Vergleich: nach den Zahlen der Bundesbank verfügen 40% der deutschen Haushalte über ein Nettovermögen von weniger als 27.000 Euro. Noch eine Zahl: der Bundeshaushalt 2016 hatte ein Volumen von 316,9 Milliarden Euro. Der größte Teil der direkten Energiewendekosten besteht lt. Statistik aus dem EEG (Erneuerbare-Energie-Gesetz) zur Förderung der Ökostromproduktion und der sog. KWK – Umlage zur Subventionierung kombinierbarer Strom-Wärme-Produzenten.

Alein als EEG-Umlage wurden bis Ende vergangenen Jahres 125 Mrd. Euro ausgezahlt. Bis 2025 dürfte dieser Betrag wegen der stark wachsenden Zahl von Ökostromanlagen auf 408 Mrd. Euro steigen. Einschließlich der KWK werden es 425 Mrd. Euro sein. Die Energiewende ist also nicht unter Kontrolle und wird auch künftig nicht kontrollierbar sein. Eines ist jedoch ganz sicher: dieses Chaos zahlt schlussendlich der Stromverbraucher!

Am 25. dieses Monats haben sich die 27 europäischen Regierungschefs in Rom getroffen, um feierlich Erklärungen zu den Perspektiven der EU abzugeben. Dieses Datum wurde gewählt, weil es der 60. Jahrestag der römischen Verträge zur Gründung der Gemeinschaft ist. Aktuell sind die Regierungen zerstritten; die Vorstellungen über die künftige Gestaltung der Staatengemeinschaft EU gehen weit auseinander. Ob es zu einem gemeinsamen Text kommt, der mehr als nur ein Lippenbekenntnis ist, wird das Weißbuch des Jean-Claude Juncker zeigen. Wie der Papst über die Staatengemeinschaft denkt, hat er schon mehrfach laut gesagt. Regiert ist Europa nicht fruchtbar und lebendig. Als er im Europaparlament sprach und die EU als Großmutter bezeichnete, war wahrscheinlich nicht nur Angela Merkel verärgert. Sollte bei der Wahl in Frankreich der Front National gewinnen und nicht Emmanuel Macron, wird die Staatengemeinschaft einen empfindlichen Dämpfer verpasst bekommen. Anfang dieses Monats hat Jean-Claude Juncker für eine Reform der europäischen Union ein Grundsatzpapier vorgestellt. Darin zeigt er neue Szenarien in der EU auf und beschwört die europäischen Regierungschefs: „Die Zukunft Europas liegt in unserer Hand“. Juncker regt an, seine 5 Szenarien in den einzelnen Mitgliedsstaaten zu diskutieren. Er betont mit Stolz, dass die EU für 70 Jahre Frieden, Freiheit und Wohlstand steht und das künftig nicht aufs Spiel gesetzt werden soll (womit er Recht hat). Am 25. dieses Monats wird es ganz sicherlich keine einheitliche europäische Stimme zu den Themen Migrationsdruck, Terrorismus, soziale und ökonomische Ungleichheit in Europa geben. Wenn die „Großmutter Europa“ (laut Papst Franziskus) sich nicht verjüngt und weiterhin eine Politik betreibt wie bisher, ist der Exodus vorprogrammiert. Solange einige der 27 Regierungschefs nationales und nicht EU-Denken ausleben, sind wir weit von einer europäischen Staatengemeinschaft entfernt. Im Zeichen der Globalisierung nimmt der Druck auf die EU zu und es wird sich zeigen, ob die Gemeinschaft dem in Zukunft standhält.

Der Edelstahl- und die Rohstoffmärkte

Noch immer ist China nicht Wirtschaftsmacht und es gibt ebenfalls noch den Antidumpingzoll. Über Veränderungen werden wir informieren. Die als böser Bube am Angebotsmarkt für rostfreien Edelstahl abgestempelten chinesischen Hersteller haben sich bewegt und bereits einige Werke komplett abgerissen. Man kann es als Symbol sehen, um gegen die Überkapazitäten vorzugehen. Nicht nur dies ist der Grund, dass sich auch in China der Preis zwischenzeitlich erhöht hat. Was europäische Anbieter gegen ihre aufgebauten Kapazitäten sagen, davon hört man wenig. Seit langer Zeit hat der US-Markt die höchsten Stahlpreise. Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit waren die Marktpreise in den letzten Jahren miserabel. Für dieses Jahr ist eine deutliche Besserung am Markt vorhergesagt. Deshalb klettern auch die Preise am US-Markt nach oben. Ausländischen Anbietern, die in die USA liefern, sind aus der Vergangenheit Strafzölle nicht unbekannt. Jüngst stellte der amerikanische Präsident Trump Dumpingpreise der USA an den Pranger und entfachte damit einen Stahlstreit zwischen Europa und den USA. Er will die Strafzölle empfindlich anheben, so dass amerikanische Stahlverbraucher die benötigten Mengen von den Herstellern im eigenen Land kaufen. In Deutschland hat Minister Gabriel bereits ein Veto aus Brüssel gegen die Strafzölle auf deutsche Produkte eingefordert. Der Ausgang bleibt abzuwarten.

Die Legierungszuschläge (mit leichtem Rückgang im März diesen Jahres) haben sich permanent nach oben entwickelt. Erfahrungsgemäß zieht dies steigende Grundpreise nach sich. Werkseitig gibt es dazu laute Ja-Stimmen, aber sonst nichts konkretes. Auf jeden Fall zeigt die Preisrichtung nach oben.

Liefertermine der Werke aus Neufertigung: Juli. In diesem Zusammenhang weisen wir auf die Werksferien französischer Produzenten im August hin.

Rohstoffe sind teurer geworden und werden künftig wahrscheinlich noch teurer werden (mit Ausnahme von Öl). Die Auflockerung des Exportverbots von Nickelernen aus Indonesien hat am Markt keinen gravierenden Einfluss ausgeübt. Analysten gehen zwar in diesem Jahr von einem **Ni**-Defizit zwischen 30.000 und 60.000 Tonnen aus. Da es in London sowie in Shanghai erhebliche **Ni**-Lagermengen gibt, sind keine wesentlichen Preisveränderungen zu erwarten. Die Preise für **Ferrochrom** werden jeweils für ein Quartal festgeschrieben. Während für das erste Quartal 2017 von den südafrikanischen Anbietern Preiserhöhungen von 50% durchgesetzt wurden, muss man für das 2. Quartal 2017 darauf einen Abschlag von 6,5 % hinnehmen. Für das 2. Quartal ist also keine wesentliche Veränderung nach oben oder unten zu erwarten. Die nachstehende Übersicht zeigt für **Molybdän** keine wesentlichen Veränderung in diesem Jahr. Gravierende Ausschläge nach oben oder unten werden nicht erwartet. Die Rohstoffpreise werden in US-Dollar abgerechnet. Die US-Regierung ist an einem schwachen Dollar interessiert, um die eigene Exportindustrie zu stärken. Die Ambition der US-Notenbank ist, die Zinsen zu erhöhen, was den Dollar stärkt. In Fachkreisen ist man der Ansicht, dass der Dollar zu hoch bewertet ist. Fachleute halten den fairen Wert gegenüber dem Euro bei 1,25 Dollar. Der Marktkurs liegt aktuell bei 1,08. Die Paritätsveränderung hat Einfluss auf die Rohstoffpreise und schlussendlich auch auf den Edelstahlpreis. Ausgehend von den aktuellen Werten rechnen wir in den nächsten Wochen mit einem gleichbleibenden Preisniveau.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.1910	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
04.01.2016	1.0790	8.515	8.565	441.342	781	1.101
03.01.2017	1.0416	10.205	10.270	372.066	982	1.468
01.02.2017	1.0756	10.025	10.075	382.620	929	1.413
01.03.2017	1.0563	11.000	11.065	377.778	1.045	1.449
28.03.2017	1.0852	9.740	9.785	381.180	897	1.405

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ 2016 €/to	Höchste LZ 2016 €/to	Jan 2017 €/to	Feb 2017 Trend	Mrz 2017 €/to	Apr 2017 €/to	Mai 2017 €/to	Jun 2017 €/to	Juli 2017 €/to	Aug 2017 €/to	Sep 2017 €/to	Okt 2017 €/to	Nov 2017 €/to	Dez 2017 €/to
4016	03/16 - 400	12/16 - 552	624	810	790	808								
4113	03/16 - 474	12/16 - 672	754	945	930	963								
4301	03/16 - 827	12/16 - 1.196	1.340	1.434	1.404	1.455								
4310 *)	03/16 - 780	12/16 - 1.124	1.261	1.365	1.337	1.384								
4310Mo*)	03/16 - 807	12/16 - 1.175	1.315	1.415	1.391	1.448								
4404	03/16 - 1.134	12/16 - 1.680	1.873	1.947	1.926	2.021								
4509	03/16 - 517	12/16 - 667	742	929	906	923								
4521	03/16 - 633	12/16 - 879	973	1.169	1.159	1.208								
4539	03/16 - 1.976	12/16 - 2.954	3.292	3.260	3.239	3.416								
4571	03/16 - 1.150	12/16 - 1.703	1.899	1.969	1.947	2.044								
4828	03/16 - 1.047	12/16 - 1.518	1.701	1.773	1.740	1.805								

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2016 €/to	tiefst 2016 €/to	Jan 2017 €/to	Feb 2017 €/to	Mrz 2017 €/to	Apr 2017 €/to	Mai 2017 €/to	Jun 2017 €/to	Juli 2017 €/to	Aug 2017 €/to	Sep 2017 €/to	Okt 2017 €/to	Nov 2017 €/to	Dez 2017 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Dez.. 295	Feb/Apr /Mai 190	390	400	400									
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Dez. 1.080	Jan. 740	1.130	1.190	1.200									
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	Dez. 1.350	Jan/Mai 1.000	1.410	1.500	1.510									

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team